

\* München, 6. April. Der neue ärztliche Bericht über das Befinden des Königs Otto lautet: „Das Befinden des Königs giebt auch heute zu ernster Besorgnis keine Veranlassung. Das Blasenblut ist zur Zeit nur noch in Spuren vorhanden. Für eine ernstere Nierenentzündung ergibt sich daraus kein Anhaltspunkt. Fieber besteht nicht; Appetit, Schlaf und Kräftezustand zeigen keine wesentliche Aenderung. Ueber die Natur der Blasenblutung durch lokale Untersuchung der Blase genaue Einsicht zu gewinnen, ist gegenwärtig infolge des psychischen Verhaltens Sr. Majestät unmöglich.“

**Oesterreich.**

\* Wien, 6. April. Kronprinzessin-Witwe Stefanie ist gestern Abend mit ihrer Tochter nach Gries bei Bozen abgereist. — In einem vielfach bemerkten Wiener Briefe kündigt der „Eas“ an, der Ministerpräsident Graf Thun werde nach den Osterferien eine Erklärung bezüglich der Regelung der Sprachenfrage abgeben. Die Regierung werde vor allem dahin wirken, daß die interessierten Parteien zu gemeinsamen Beratungen über die Sprachenfrage zusammenzutreten und werde die Arbeiten einer zu diesem Zweck zu wählenden parlamentarischen Kommission nach Kräften fördern. — Die „Neue Freie Presse“ meldet ferner: Der gestrige gemeinsame Ministerrat hat den Flottenbauplan wesentlich eingeschränkt und das von der Marineverwaltung auf 55 Millionen Gulden bezifferte Erfordernis nahezu auf die Hälfte herabgesetzt. — Das „Fremdenblatt“ erfährt über die Feststellungen der gemeinsamen Ministerkonferenz bezüglich der Vorlage für die Delegationen, betr. die Ausgestaltung der österreichisch-ungarischen Kriegsslotte, folgendes: Der Marinekommandant von Spaun beharrt auf dem Standpunkte seines Flottenplanes, als des Minimums zur Wahrung der maritimen Interessen Oesterreich-Ungarns. Es wurde daher von der Forderung des Neubaus von 5 Schlachtschiffen, 5 Kreuzern, 8 Torpedofahrzeugen, 60 Torpedobooten, die einen außerordentlichen Kredit von 55 Millionen erfordern, nicht abgewichen. Auf Anraten der beiderseitigen Finanzminister wurde der für den Ausbau beantragte Zeitpunkt, nämlich 10 Jahre, weiter hinausgeschoben. Die Steigerung des Ordinarius des Marine-Budgets wird nach erfolgtem Ausbau die jetzige Steigerung von 500 000 Gulden kaum übersteigen, da die alten Schlachtschiffe ausgemustert werden.

\* Budapest, 6. April. Der Kaiser Wilhelm hat an die Witwe des Grafen Geza Szapary ein äußerst herzliches Beileidstelegramm gesandt.

**Dänemark.**

\* Kopenhagen, 5. April. Bei den heutigen Wahlen zum Folkething wurden gewählt 15 Konservative, 23 Moderate der Linken, 63 Radikale der Linken und 12 Sozialisten. Bisher zählte der Folkething 24 Konservative, 25 Moderate der Linken, 55 Radikale der Linken und 9 Sozialisten. Die radikale Linke gewann also die Mehrheit im Folkething. In Kopenhagen verlor die Rechte einen Wahlkreis. Marineminister Ravn wurde wiedergewählt. In der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg siegte der konservative Professor Ellinger über den bisherigen radikalen Abgeordneten, Kommandeur z. S. Wojescu. In Odense wurde der frühere Kultusminister Scavenius gewählt. Die Socialdemokraten eroberten die jütländischen Städte Aalborg, Randers und Horsens. Der Führer der Freihandelspartei Kaufmann Rosdt wurde in Slagelse wiedergewählt. Der Führer der Protektionisten Redakteur Wulff unterlag in Horsens.

**Italien.**

Wie der „Tempo“ aus Rom meldet, telegraphierte der apostolische Legat Msgr. Marjelli, Mac Kinley habe gekündigt, weder er noch sonst jemand hätte die Macht, den schlechten Eindruck zu verhindern, welchen die Intervention des Papstes auf das der Majorität nach protestantische amerikanische Volk hervorgerufen habe. Mac Kinley habe hinzugefügt, er werde alles thun, um den Krieg zu vermeiden, aber er könne nicht gegen die Gesinnung des Volkes vorgehen, welches die Unabhängigkeit Cubas wolle, damit endlich die dort drei Jahre andauernden Greuel aufhören.

**Frankreich.**

\* Paris, 5. April. Im Senat frug heute Provost de Launay, weshalb der Justizminister nach dem Verdict der Geschworenen nicht die Streichung Zolas aus der Ordensliste der Ehrenlegion beantragt habe. Der Justizminister erwiderte, die Affaire Zola sei noch in der Schwebe; die Anfrage sei deshalb verfräht. — Hier war heute Abend das Gerücht verbreitet, Dreyfus sei auf der Teufelsinsel gestorben. Der Kolonialminister Lebon erklärte einem Interviewer, daß er keinerlei Meldungen hierüber erhalten habe. — Die radikalen Parteiführer sind besonders geschäftig bei der Propaganda für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen zur Deputiertenkammer. So hielten der frühere Konseilspräsident Bourgeois in Lyon, der frühere Kriegsminister Cavaignac in Rennes große Wahlreden. Während Cavaignac für die Steuerreform im großen Stile durch Einführung der Einkommensteuer eintrat, ließ Bourgeois sich über die Spaltungen innerhalb der republikanischen Partei und über die Frage der „Kalliterten“ vernehmen. Der „Tempo“ wendet sich gegen beide Redner und betont, daß seine Freunde keine große Nähe haben werden, die Anschuldigungen der Radikalen im Wahlkampfe zu widerlegen. — Paul de Cassagnac, der 1892 in seinem langjährigen Wahlkreise des Versaillais gegen einen Republikaner unterlag, will sich bei den nächsten Wahlen dort wieder aufstellen lassen.

\* Paris, 6. April. Dem „Eclair“ zufolge beabsichtigt eine Anzahl Kaufleute und Industrielle eine Versammlung einzuberufen, um die Regierung aufzufordern, sie möge die Wiederaufnahme der Prozesse Zola und Dreyfus verhindern, durch welche die Geschäftswelt sehr beeinträchtigt werden würde. — Die Deputiertenkammer nahm heute vormittags das Budget, welches vom Senat zurückkam, an, stellte jedoch einige Kreditforderungen, die vom Senat geführt waren, wieder her. Nachmittags wird das Budget wieder dem Senat überwiesen werden.

**Großbritannien.**

\* London, 5. April. Im Oberhause gab der Herzog von Devonshire Erklärungen über die Politik in Ostasien in ähnlichem Sinne wie Valfour im Unterhause (s. unten) ab; er führte aus, die Absicht Englands

bezüglich Weihaiwei sei der japanischen Regierung mitgeteilt worden, welche aus verschiedenen Gründen ersuchte, daß die ausgetauschten Mitteilungen gegenwärtig noch vertraulich bleiben sollten; aber er könne erklären, daß von Japan keinerlei Einwendung erfolgt sei; es sei auch kein Grund für die Annahme, daß die Erwerbung von Weihaiwei einen Widerspruch seitens Japans hervorgerufen könnte. Die Konzeption sei von dem Eruchen begleitet gewesen, daß chinesischen Schiffen für die Benutzung des Hafens Erleichterungen zu teil werden und daß anlässlich der britischen Besitzergreifung besondere Erleichterungen für die Ausbildung von Offizieren für die chinesische Flotte unter der Leitung britischer Offiziere gewährt werden sollen. Die Regierung glaube, Englands Interesse beschränke sich nicht auf den Norden Chinas, sondern sei vielleicht größer in der Mitte des Reiches und im Süden. Lord Kimberley bemerkte, die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Chinas sei für einen Teil der Regierungspolitik erklärt worden. Aber jetzt zeige es sich, daß die Politik der „offenen Thüren“ in Wirklichkeit zu einer Politik wasserdichter Abteilungen geführt habe. Eine so ernste und wichtige Veränderung weise auf eine allmähliche Absorption Chinas durch die anderen Mächte hin. Er hoffe zuversichtlich, daß es möglich sein werde, die Aktion Englands darauf zu beschränken, das gewaltige China dem Handel zu erschließen. Er glaube, die Regierung wüßte die Aufrechterhaltung des Friedens in diesem Weltteile. Die Opposition, welche der Ansicht sei, daß einige Punkte der Regierungspolitik Anlaß zu einer Kritik gäben, würde sich freuen, wenn die Regierung in der Aufrechterhaltung des Friedens Erfolg habe. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 21. April. — Im Unterhause erklärte nach einer ausführlicheren Meldung der Erste Lord des Schatzes Valfour, eine Darlegung der politischen Lage sei nicht thunlich, da bestimmte, gewichtige Punkte nicht berührt werden könnten, so lange die Verhandlungen schweben. Während der letzten Wochen seien die Gemüter in einem Zustande großer Unzufriedenheit gewesen. Obgleich die Regierung nicht das Recht habe, von ihren Gegnern Vertrauen zu fordern, so habe sie doch einiges Recht, es bei ihren Anhängern vorauszusetzen. In der That habe sie es mit ganz neuen Verhältnissen zu thun gehabt. Die Ursache für die neue Lage der Dinge habe in der übermächtigen, unverantwortlichen Schwäche Chinas gelegen, welche Aenderungen in der ostasiatischen Politik der anderen Mächte hervorrief. England habe großes Interesse an der Lage Chinas nicht nur vom Gesichtspunkte des direkten Handels aus, sondern auch in Anbetracht der Thatfache, daß England der Bionie war in den Bestrebungen, China dem Handel der Welt zu erschließen, ehe noch Frankreich in Ostasien Kolonien hatte, ehe Deutschland überhaupt Kolonialpolitik verfolgte, und als Rußland noch durch große, wüste Gebiete von China getrennt war. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Valfour auf seine Ausführungen vom 11. Januar zurück und wiederholte die Ziele der Politik Englands in Ostasien, wie er sie damals auseinandergesetzt hat, und zwar erstens, daß die Befestigung eines Gebietes in Ostasien nur schädlich wäre, weil sie Verantwortlichkeiten für die Bevölkerung mit sich führe, und daß solch eine Erwerbung möglichst zu vermeiden sei, wenn sie nicht als militärische oder maritime Basis erforderlich wäre, und zweitens, daß England, wenn auch nicht territorial, so doch kommerzielle Interessen habe. Weiter habe er damals gesagt, daß es zwei Möglichkeiten gebe, unter denen diese Handelsinteressen leiden könnten, an erster Stelle, wenn fremde Mächte an der chinesischen Küste Stationen erlangen und Differentialzölle zu Gunsten ihres und zum Schaden des englischen Handels einführen, und zweitens, wenn irgend eine Macht sich in den Besitz von Mitteln setze, auf die chinesische Regierung einen Druck auszuüben und so indirekt dem englischen Handel und seinen Interessen Schaden zuzufügen, während nominell die Vertragsrechte ungeschädigt blieben. Diese Sätze wären damals vom Lande gebilligt worden, von diesen Prinzipien sei die Politik Englands seither geleitet worden und werde noch davon geleitet. Lord Valfour gab sodann einen Ueberblick über die von China zum Zwecke der Definnung Chinas für den Weltmarkt erlangten Konzessionen und fuhr fort, China habe sich verpflichtet, daß das Gebiet des Jangtsekiang unter keinen Umständen entäußert oder irgend einer fremden Macht verpackt werden soll. Er wüßte nicht, die Frage der Einflußsphäre zu erörtern. Es würde ihm zuwider sein, die Doktrin der Einflußsphäre zu weit getrieben zu sehen; aber als vorwegnehmende Maßnahme, welche eine zeitweilige oder dauernde Entfremdung des Jangtsekiang-Gebietes unmöglich mache, könne sie nur von Bedeutung sein bei Eintritt gewisser möglicher, wenn auch wahrscheinlich jetzt nicht nahe liegender Verhältnisse. Eine weitere Konzession sei, daß Harris Nachfolger im Zolldepartement ein Engländer sein solle. Hart schuf, was hauptsächlich zu bleiben wird, eine chinesische und nicht eine britische Verwaltungsabteilung, die keinerlei selbstständige nationale Ägide aufwies. „Ich glaube, der dritte Teil der ihm unterstellten Beamten sind Franzosen, obwohl der französische Handel nicht ein Drittel des Handels mit China ausmacht. Das dritte Zugeständnis, durch welches den Schiffen aller Nationen Zugang zu allen großen Wasserwegen gewährt wird, muß einen ungeheuren Einfluß auf die Erschließung Chinas für den fremden Handel ausüben. Die Erbauung entsprechender Eisenbahnlinien ist das Wert längerer Zeit, die Wasserwege aber sind fertig vorhanden. Die vierte Konzession ist die Eröffnung der drei schon bekannten Vertragshäfen. Mit Bezug auf die Stellung, in welcher England sich gegenüber den deutschen und russischen Erwerbungen befindet, sagte der Minister, er glaube, daß weder Rußland noch Deutschland die leiseste Absicht haben, England seiner vertragsmäßigen Rechte zu berauben. Deutschlands Versicherungen seien sowohl dem Tone als dem Geiste nach vollständig befriedigend. Deutschland beabsichtige sich in seinem Besitzteil in China übereinstimmend mit den besten Interessen aller Nationen einzurichten. Ganz gewiß sind deutsche und britische Interessen in China — ich beschränke dies aber nicht nur auf China, sondern ich glaube, daß dieses uneingeschränkt wahr ist — mit einander übereinstimmend. Eifersüchteleien mögen zwischen einzelnen Personen bestehen, aber die grundlegenden Interessen der beiden Länder müßten dieselben sein. Ich glaube zuversichtlich, daß wir imlande sein werden, Hand in Hand die allgemeinen kommerziellen Interessen wahrzunehmen. Rußland hat von Zeit zu Zeit besondere Zusicherungen abgegeben, aber die Form dieser Zusicherungen war nicht immer genau dieselbe. Immerhin stimmen diese Zusicherungen darin überein, daß kein britisches Vertragsrecht durch das russisch-chinesische Uebereinkommen berührt werden dürfte. Er könne nicht die russische Handelspolitik in China auseinandersetzen, aber nach Englands Meinung hätte Rußland, wenn es seine Politik auf die Ausdehnung der sibirischen Bahn bis zu einem eisernen Hafen beschränkt hätte, alle kommerziellen Vorteile erlangt, die es jüde, ohne das Gleichgewicht in Peking zu stören. Unglücklicherweise hätten die russischen Staatsmänner eine entgegengelegte Ansicht gehabt. Sie beschloßen, Port Arthur in Besitz zu nehmen, das kein Handelshafen sei und sich kaum dazu eigne, ein solcher zu werden. Seine Bedeutung sei rein maritimer und militärischer Natur. Rußland selbst habe im Jahre 1895, als es sich der Befestigung durch Japan widersetzte, erklärt, daß die Befestigung Port Arthurs eine fortdauernde Drohung Peking gegenüber bedeute. England wüßte kein Monopol für den Einfluß in Peking; es wüßte durchaus nicht, Rußland von einem entsprechenden Einflußanteile auszuschließen. Rußland verlege dem chinesischen Reich einen Schlag durch die Befestigung Port Arthurs, das durch seine Lage die Zugänge nach Peking von der See aus beherrschen dürfte. Deshalb habe die Regierung, sobald sie Kenntnis von dem Fortschreiten der Verhandlungen betr. Port Arthur erlangt hatte, ihre Ansicht der russischen Regierung darüber mitgeteilt, welchen Nachteil dieser Schritt für China habe und welchen Gefahren Rußland sich durch denselben aussetze. Sie habe Rußland vorgeschlagen, von der Befestigung dieses Hafens abzusehen, während England seinerseits sich verpflichtete, von keinem Hafen im Golf von Petchili Besitz zu ergreifen. Rußland habe den Vorschlag abgelehnt, worauf es benachrichtigt worden sei, daß England für sich die Freiheit beanspruche, die zum Schutze der englischen Interessen notwendig erscheinenden Schritte zu thun. England habe Weihaiwei zu denselben Bedingungen erhalten, wie Rußland Port Arthur. Die Lage von Weihaiwei im Golf von Petchili sei eine derartige, daß sie der Befestigung von Port Arthur das Gleichgewicht bieten dürfte. Durch die Besitzergreifungen von Weihaiwei habe England verhindert, daß der Golf von Petchili in maritimer Hinsicht in die Gewalt einer einzelnen Macht gekommen sei. England habe d

Bestreben, so lange Zeit, wie es nur möglich sei, die Integrität Chinas zu wahren. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Zukunft ungewöhnliche Ueberraschungen in Bortat haben könne. Die Machtverhältnisse im fernem Osten dürften sich verschieben, wenn die Integrität Chinas verlegt werde. Wenn es überhaupt dazu komme, so könnte ein Zeitpunkt eintreten, wo die Großmächte es in ihrem Interesse finden, zu sagen, China soll nicht in die Hände einer einzelnen Macht fallen. Sollte man sich in ein schwieriges und kostspieliges Unternehmen einlassen, um eine fernliegende zweifelhafte Gefahr abzuwehren, so wäre dies ein Akt politischer Thorheit. (Beifall.) Die Regierung bitte das Land, ihrer Politik mit um so größerem Vertrauen beizutreten, als es wisse, daß diese ihre Politik die Sympathie jeder großen Handelsgemeinschaft der Welt habe. (Beifall.) Harcourt führte aus, er erachte die Reizbarkeit der Bevölkerung für sehr natürlich, da die Regierung ihre Politik der „offenen Thüre“, welche augenscheinlich fehlgeschlagen sei, nicht ausführen. Die Politik der militärischen Befestigung eines Teiles von China sei dafür angenommen worden. Die Regierung hätte lange vorhersehen können, daß Port Arthur Rußlands Ziel sei. Die Opposition wünsche keineswegs, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Redner erinnerte daran, wie eine Regierung durch das öffentliche Vortrath und durch Partei-Leidenhaft sich habe zum Krimkrieg hinweisen lassen. Deshalb habe er sich jeden Versuches enthalten, die gegenwärtige Regierung auf eine Bahn zu zwingen, welche nicht zu verfolgen sie guten Grund haben möge. (Beifall.) Dille fragte an, ob Weihaiwei besetzt und mit einer Garnison versehen werden solle, wie Port Arthur. Parlaments-Unterschatz des Außenbüros erklärte, er sei gefragt worden, ob die Befestigung von Weihaiwei Folgen nach sich ziehen würde, die jedermann beklagen müßte. Die Regierung glaube nicht, daß irgend ein Grund für diese Auffassung vorliege. Hinsichtlich der Forderungen und der Haltung Frankreichs in Süd-China habe Balfour keine Erklärungen abgegeben, da über diese Angelegenheit noch Verhandlungen schweben. Die Regierung habe erkannt, daß England in allen Teilen Chinas Interessen habe, und werde schwerlich zugeben, daß die Interessen in Süd-China beeinträchtigt werden. Edward Grey führte aus, die widersinnige Politik der Regierung habe einen schweren Verlust an dem Prestige Englands zur Folge gehabt, und könne noch beklagenswerte Folgen nach sich ziehen. Die Besitznahme von Weihaiwei stelle das Gleichgewicht in der Machtverteilung nicht wieder her. Veresford sprach die Ansicht aus, daß durch die Befestigung das Uebergewicht des russischen Einflusses zerstört werden würde. England solle sich bestreben, mit Deutschland zu einer Verständigung zu kommen. Hierauf vertagte sich das Haus bis zum 18. April.

**Spanien.**

\* Madrid, 5. April. Beim Verlassen des Palais wurde heute Sagasta um neue Nachrichten befragt, er verweigerte jedoch jede Auskunft hierüber; nur auf die Frage, an welchem Tage er den Ministerrat einzuberufen gedenke, antwortete er, er erwarte eine Depesche aus Washington und werde danach über die Zusammenberufung entscheiden.

\* Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Madrid: Der amerikanische Gesandte Woodford bereitet seine Abreise vor. England wird mit der Wahrung der amerikanischen Interessen betraut. (S. dagegen Tel. Kor.)

\* Cadix, 5. April. Zwei Compagnien Artillerie und zwei Bataillone Jäger sind gestern hier eingeschifft worden, um über die Kanarischen Inseln nach Havana zu gehen. Fünf weitere Bataillone wurden hierher beordert. Die Freiwilligen-Bataillone sind zu einer Brigade zusammengestellt und werden Artillerie erhalten.

Auf den Philippinen ist nach dem „Imparcial“ jüngst die Ruhe durch einen ersten Zwischenfall gestört worden. Die Behörden hatten Wind davon bekommen, daß sich in einem Hause der Kambastraße in Manila eine ziemlich große Anzahl Mitglieder eines neuen Katipunan (Geheimbund) versammelt hatten, um über einen Handstreich zu beraten. Die Gendarmerie umstellte das Haus, drang ein und fand 80 mit Messern bewaffnete Verschworene, die sich weigerten, sich zu ergeben. Es kam infolgedessen zum Kampf, wobei 10 Verschworene getötet, 3 verwundet und die übrigen gefangen genommen wurden. Auch mehrere Gendarmen sind verwundet. Der Vorfall hat in Manila großen Eindruck gemacht und es herrschte während mehrerer Stunden ernste Besorgnisse. Das Ereignis wirft jedenfalls ein merkwürdiges Licht auf die angebliche Beruhigung der Gemüter, freilich erfahren die mit den Verhältnissen Vertrauten dabei nichts Neues. Augenblicklich wird an den Verteidigungswerken der Stadt gearbeitet für den Fall eines Angriffs amerikanischer Kriegsschiffe.

**Rußland.**

\* Petersburg, 6. April. Der Kaiser empfing heute den Flügeladjutanten des deutschen Kaisers Obersten von Wolke vor dessen Rückreise nach Berlin. — Der deutsche Botschafter Fürst Radolin hatte gestern zum Abendhine 200 Einladungen erlassen. Erschienen waren zahlreiche Diplomaten, Minister, Hofwürdenträger, Vertreter der Staatsbehörden, die hervorragenden Mitglieder der deutschen Kolonie, Direktor Löwe und Künstler und Künstlerinnen der deutschen Operngesellschaft. Letztere erfreuten die Anwesenden durch hervorragende schöne Vorträge. — Bei Besprechung des spanisch-amerikanischen Streitfalls bemerkt das „Journal de St. Petersburg“: Man kann nur wünschen, daß eine freundliche Lösung erfolge, derart, daß man nicht einen Konflikt eintreten sieht, der in so vielen Beziehungen so beklagenswert wäre. — Der hier eingetroffene Bischof der Syrochaldäer und Nestorianer, Mar-Yonan, erschien gestern in der Plenarsitzung des heiligen Synods, und sprach namens seiner Eparchie den Wunsch aus, in den Schoß der orthodoxen Kirche aufgenommen zu werden. Der heilige Synod beschloß, den Wunsch zu erfüllen, da die Syrochaldäer erklärt hätten, ihren Irrtümern entsagen zu wollen. Heute findet im Alexander-Newsky-Kloster der feierliche Uebertritt Mar-Yonans statt.

**Türkei.**

\* Konstantinopel, 6. April. Der Direktor der Anatolischen Eisenbahn, Zander, erhielt vom Sultan den Großkordon des Osmannischen Ordens.

**Sien.**

\* Den „Times“ wird aus Peking telegraphiert: China hat die französischen Forderungen folgenden Inhalts bewilligt: Nichtentkennung irgend eines Teiles von Kwangtung, Kwangsi und Sünnan, Bau einer Bahn nach Sünnan-su, Verpachtung einer Kohlenstation, Anstellung eines Franzosen als Direktor der Kaiserlichen Posten. Die englischen Rechte, betr.